

# Back to Diplomacy

**Vom Brückenschlagen über Gräben, die sich weiten  
Beitrag zur Festschrift für Prof. Dr. Jacques Picard  
«Lebenskunst», Böhlau-Verlag 2017**

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Haering

**Im Dezember 2014 berief der damalige Schweizer Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Absprache mit der Führungstroika<sup>i</sup> ein «High Level Panel» zusammengesetzt aus 15 Experten/innen der Aussen- und Sicherheitspolitik aus Ländern des ganzen OSZE-Raums mit dem Ziel, Ansatzpunkte für eine Wende hin zu einer wieder verstärkt kooperativen Sicherheitspolitik und mehr Stabilität in Europa zu erarbeiten.**

Hintergrund und aktueller Anlass zur Einberufung des «High Level Panels on Eminent Persons on European Security as a Common Project»<sup>ii</sup> waren die jüngsten politischen Entwicklungen, die aufzeigten, dass zwischen den Staaten, die sich der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und/oder der Europäischen Union (EU) verpflichtet oder zugewandt wissen, einerseits und der Russischen Föderation andererseits ein Dialog über grundlegende Werte und Ziele einer kooperativen Sicherheit in Europa nicht mehr möglich war. Der in der Helsinki Schlussakte der KSZE 1975<sup>iii</sup>, in der Charta von Paris 1990<sup>iv</sup> sowie im Budapester Memorandum von 1994<sup>v</sup> gemeinsam festgelegte Kanon von Pluralismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Souveränität der Staaten samt der Anerkennung der Unverletzbarkeit staatlicher Grenzen war in Frage gestellt. Dies veranschaulichte zuletzt der Konflikt in der Ukraine, der mit der gewaltsamen und völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch die Russische Föderation im März 2014 eskalierte.<sup>vi</sup>

## *Mandat des High Level Panels*

In dieser Phase der Unfähigkeit zum politischen Konsens auf Ebene der Staatsführungen sollte es Aufgabe des Panels sein, wenigstens auf der Stufe von Experten/innen das Gespräch weiter zu suchen, um damit sowohl gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Positionen zu entwickeln, als auch Anknüpfungspunkte für einen neuen Dialog auf politischer Ebene zu identifizieren.<sup>vii</sup> Der Auftrag der OSZE-Troika war ein dreifacher:<sup>viii</sup>

- *Analyse des Einsatzes der OSZE in der Ukraine:* Der erste Auftrag an das Panel umfasste eine Analyse des operativen Einsatzes der OSZE in der Ukraine in den Jahren 2014/15 mit dem Ziel, Lehren für die OSZE als Organisation zu ziehen und gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen abzugeben.
- *Bericht zur Zukunft der kooperativen Sicherheit in Europa:* Das Panel erhielt zudem den Auftrag, innert Jahresfrist einen umfassenden Bericht zur Europäischen Sicherheitspolitik zu verfassen. Dieser zweite Bericht sollte eine längere zeitliche Perspektive der sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa analysieren, regional über die

Krise in und um die Ukraine hinausweisen – und damit künftigen OSZE-Vorsitzen wie auch anderen Akteuren Optionen für Frieden und Stabilität in Europa aufzeigen.

- *Outreach und Dialog*: Aufbauend auf den beiden Berichten sollte das Panel überdies das Gespräch mit Akteuren der europäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik sowie mit der Öffentlichkeit suchen.

Das Mandat des Panels war somit breit gefasst und adressierte grundlegende Fragen sicherheitspolitischer Konzeptionen in und für Europa. Dies mag erstaunen, ging man doch spätestens nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 davon aus, dass die Staaten östlich und westlich der Oder wieder friedlich und direkt miteinander verkehren.

#### *Zwischenbericht zum Einsatz der OSZE in der Ukraine*

Der Einstieg in die Diskussion über die konkrete und weniger ideologisch geprägte Analyse zum operativen Einsatz der OSZE in der Ukraine 2014/15 erwies sich für die Arbeit des Panels als hilfreich. Bereits im Juni 2016 unterbreitete dieses dem Ständigen Rat<sup>ix</sup> der OSZE seinen ersten Bericht.<sup>x</sup> Dieser kommt zum Schluss, dass die Konfliktlinien innerhalb der ukrainischen Gesellschaft seit Jahren bekannt waren, dass aber diese Spannungen im Land selbst, zwischenstaatlich und auch auf internationaler Ebene nicht adäquat angegangen worden waren. Die für die Kohäsion des Landes notwendigen wirtschaftspolitischen Strukturreformen fanden nicht statt. Gleichzeitig wurde die Brisanz der Sprachenfrage in der Ukraine unterschätzt.<sup>xi</sup> Rückblickend ist somit, wie so oft, ein nationales und internationales Versagen bzgl. des rechtzeitigen Ergreifens stabilisierender Massnahmen zu erkennen. Gleichzeitig lobt der Bericht das wirkungsvolle und effiziente Eingreifen der OSZE nach dem Ausbruch der Gewalt im Osten der Ukraine. Besondere Anerkennung erhalten der Schweizer OSZE-Vorsitz 2014, das Generalsekretariat der OSZE sowie die Sonderbeauftragte der OSZE, die Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini. Vorsitz und Generalsekretariat zeigten in konzertierter Aktion Führungsfähigkeit und Engagement und stellten sicher, dass die OSZE als einzige der internationalen Organisationen in dieser Krise handlungsfähig blieb und vielfältige Mittel der Friedensvermittlung, der Beobachtung im Kriegsgebiet und an der Grenze sowie der Projektarbeit einsetzte. Deutlich zeigte der Einsatz der OSZE in der Ukraine aber auch die Notwendigkeit eines nachhaltigen Aufbaus friedensunterstützender Kapazitäten durch die Organisation auf, die fähig sein muss, aktuellen Formen der Kriegsführung kompetent zu begegnen.<sup>xii</sup> Zudem unterstreicht der Bericht die Dringlichkeit, die Frage der fehlenden Rechtspersönlichkeit der OSZE zu klären, da dieses Defizit der OSZE im operativen Einsatz immer wieder hinderlich ist – und dies nicht zuletzt auch hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Organisation für die in Krisengebieten eingesetzten Experten/innen.<sup>xiii</sup>

#### *Schlussbericht «Back to Diplomacy»*

Schwieriger erwiesen sich die Arbeiten des Panels am umfassenden Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in Europa.<sup>xiv</sup> Die Diskussionen begannen mit dem Versuch zu erklären, wie sich die Krise entwickelt hatte und welche Fehler und Fehltritte im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahren gemacht wurden – und dies auf allen Seiten. Heftige De-

batten unter den Expert/innen liessen aber schon bald erkennen, dass dazu keine einvernehmliche und gemeinsame Analyse möglich sein würde. In dieser Situation verständigte sich das Panel darauf, diesen Umstand zu akzeptieren und in seinem Bericht drei verschiedene Narrative zu präsentieren: Die Sicht der Staaten «westlich von Wien», die Sicht der Russischen Föderation sowie die Sicht der Staaten, die zwischen diesen beiden Machtblöcken ihre Wege suchen. Diese drei teilweise diametral entgegengesetzten, Narrative zur sicherheitspolitischen Entwicklung Europas in den letzten 25 Jahren sind eine Tatsache, die kurzfristig nicht überwunden werden kann. Sie bilden damit den Hintergrund, vor dem Lösungen für die Zukunft gesucht werden müssen.

Bezüglich der zusammenfassenden Schlussfolgerung war sich das Panel allerdings einig: Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Europa birgt gravierende Gefahren und Risiken für alle. Zwar ist Europa nicht mehr geteilt wie zur Zeit des Kalten Kriegs, doch lässt sich die Situation als unsicher und prekär bezeichnen. Ein allseits akzeptierter «Status quo» bzgl. staatlicher Souveränität und Allianzfreiheit in politischer und auch wirtschaftlicher Hinsicht existiert zurzeit nicht.<sup>xv</sup> Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung unterbreitete das High Level Panel im November 2015 seine Empfehlungen unter dem Titel «Back to Diplomacy». Die Empfehlungen lassen sich in drei zentrale Themenbereiche fassen: Risiken reduzieren, Minsker Abkommen umsetzen, Sicherheitsgarantien für alle.

- *Risiken reduzieren:* Kurzfristig geht es darum, das Risiko eines ungeplanten militärischen Zwischenfalls und der damit gegebenenfalls einhergehenden Eskalation des Konflikts in Europa zu minimieren. Eine kontinuierliche gegenseitige Information der in einem gemeinsamen geografischen Raum agierenden militärischen Streitkräfte ist dazu zwingend. Die Transparenz bzgl. militärischer Einsätze und Übungen im Rahmen der entsprechenden Kontroll-Regimes<sup>xvi</sup> gewinnt wieder an Bedeutung; sie ist Voraussetzung zur Deeskalation. Somit bleibt das Konzept der umfassenden Sicherheit der ehemaligen KSZE auch heute noch relevant, enthält es doch neben dem Dekalog von Prinzipien, welche die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten soll, die Grundsätze der friedlichen Streitbeilegung sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen im politisch-militärischen Bereich.
- *Umsetzung der Minsker Abkommen:* Voraussetzung für neue Schritte in Richtung einer wieder verstärkt kooperativen Sicherheitspolitik in Europa ist die vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen.<sup>xvii</sup> Angesichts der Notlage der Menschen im Osten der Ukraine und ebenso mit Blick auf die geopolitische Relevanz der Auseinandersetzung ist ein Deblockieren des Konflikts dringend.
- *Sicherheitsgarantien für alle Länder:* Darüber hinaus fordert der Bericht des High Level Panels für jene Länder, die geografisch zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation liegen, Sicherheit bzgl. ihrer eigenen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit. Notwendig ist dazu ein robuster diplomatischer Prozess auf der Grundlage der Prinzipien und Regeln, wie sie 1975 in der Helsinki Schlussakte sowie 1991 in der Charta von Paris festgelegt wurden. An den Prinzipien, die damals festgelegt wurden, kann – bei aller Offenheit für neue Entwicklun-

gen und trotz unterschiedlicher Perspektiven auf sicherheitspolitisch relevante Ereignisse – nicht gerüttelt werden.

Überdies unterstreicht der Bericht mit dem Ansatz «economic connectivity» die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit als Chance für sicherheitspolitische Stabilität.

#### *Outreach und Dialog*

Um die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts zu verbreiten und eine umfassende Diskussion zur Sicherheit in Europa zu fördern, führten Mitglieder des Panels 2015 und 2016 vertiefende Gespräche mit Akteuren der europäischen Sicherheitspolitik. Zudem organisierten sie öffentliche Veranstaltungen in ihren Herkunftsländern<sup>xviii</sup> und nahmen an weiteren geschlossenen und öffentlichen Veranstaltungen teil. Zudem äusserten sich die Mitglieder des Panels in diversen Publikationen. Dabei unterstrichen sie wiederholt die Notwendigkeit, Spannungen zu deeskalieren, Beziehungen zu entmilitarisieren und im Rahmen eines robusten diplomatischen Prozesses Schritte zur Verbesserung des Sicherheitsumfelds in Europa zu unternehmen. Die Ergebnisse dieses Outreach-Prozesses wurden Ende 2016 in einem dritten Bericht des High Level Panels zusammengefasst.<sup>xx</sup>

#### *Lehren aus der Arbeit des High Level Panels mit Blick auf kooperative Sicherheit*

Seitdem das High Level Panel seinen Schlussbericht veröffentlichte, hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa nicht verbessert. Noch immer finden im Osten der Ukraine gewaltsame Auseinandersetzungen<sup>xx</sup> statt und nach wie vor fehlen die Grundlagen für eine menschliche Sicherheit im umfassenden Sinne. Deutlich wird, dass die Politik allseits blockiert ist: Nicht nur in Moskau, auch in Kiew und auf internationaler Ebene findet aktuell lediglich eine Bewirtschaftung der Krise statt. Wie schnell aber aus einem eingefrorenen Konflikt wieder ein Krieg entstehen kann, zeigte 2015/16 die Eskalation des seit Jahrzehnten dauernden Konflikts in Berg-Karabach / Azerbaijan. Dies ruft die verschiedenen sogenannten eingefrorenen Konflikte in Ländern zwischen der Machtsphäre von NATO und EU einerseits und Russlands andererseits in Erinnerung.<sup>xxi</sup> Die Empfehlungen des Berichts «Back to Diplomacy» behalten deshalb ihre Aktualität.

Darüber hinaus lassen sich aus den Arbeiten des High Level Panels einige grundlegende Lehren mit Blick auf kooperative Sicherheit, Frieden und Versöhnung ziehen.

- *Historisches Wissen und Erinnern sind Voraussetzungen für Stabilität und Frieden.* Die Krise in und um die Ukraine offenbarte unter anderem das mangelhafte Wissen in Europa und in den USA zu politischen Wahrnehmungen und Absichten der Russischen Föderation während der letzten 25 Jahre. Im Glauben, mit der Wende von 1989/90 hätten sich „westliche“ Konzepte von Pluralismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und staatlicher Souveränität europaweit und ein für alle Mal durchgesetzt, nahm mancherorts die vertiefte und faktennahe Auseinandersetzung mit Entwicklungen in der Russischen Föderation ab. Entsprechende Wissensdefizite wurden nachträglich selbst in Ministerien grosser geopolitischer Akteure erkannt. Wie wichtig präzises Wissen zur Geschichte, zu ihrer Wahrnehmung und zu ihrer Rezeption ist, um rechtzeitig stabilisierend handeln zu können, zeigt aber nicht nur die Krise in und um

die Ukraine, sondern ebenso der aktuelle Aufstieg rechtspopulistischer Gruppen in Europa und darüber hinaus, deren Denk- und Handlungsstrukturen die verhängnisvollen politischen Entwicklungen der 30er Jahre wiedererkennen lassen.

- *Gegenseitige Anerkennung auf Augenhöhe ist zwingend.* Dass das High Level Panel drei unterschiedliche Narrative zur jüngeren sicherheitspolitischen Geschichte Europas präsentierte und trotz unterschiedlicher Einschätzungen zu den Ursachen und zur Entwicklung der Krise zu gemeinsamen Schlussfolgerungen und zu Empfehlungen kam, die von den Mitgliedern des Panels weitgehend getragen werden,<sup>xxii</sup> ist als innovativer und sicherheitspolitisch bedeutsamer Beitrag des Panels zur aktuellen Lage in Europa zu werten. Das Verfassen gemeinsamer Schlussfolgerungen stellte eine grosse Herausforderung für das Panel dar, dessen Mitglieder zumindest teilweise die zwischenstaatlichen Spannungen selber widerspiegeln. Es unterstreicht die Bedeutung der gegenseitigen Anerkennung auf Augenhöhe als Voraussetzung für friedens- und sicherheitspolitische Übereinkommen. Doch gerade daran mangelte es in den letzten fünfundzwanzig Jahren allzu oft, wenn sich die NATO, die EU und die Russische Föderation begegneten.
- *Präzise Sprache ohne Wertungen ist Voraussetzung zum Dialog.* Innenpolitisch wie auch aussenpolitisch werden die Bedeutung und das Konfliktpotenzial der Sprache immer wieder unterschätzt. Dies betrifft die Anerkennung verschiedener Sprachen innerhalb eines Landes einerseits sowie andererseits den sorgsam Umgang mit Sprache an sich. Verkürzende Ausdrücke wie „der Westen“, „der Osten“, „Russland“ oder „die Demokratie“ können Kristallisationskerne für neue Konflikte werden. Ein Dialog, welcher die jeweils andere Seite ernst nehmen will, muss eine präzise Sprache führen, Fakten benennen und gleichzeitig auf scheinbar vereinfachende, aber implizit oder explizit ideologisch konnotierte Ausdrücke verzichten.
- *Gemeinsame Interessen sind Grundlage für gemeinsames Handeln:* Unsere Welt vernetzt sich technologisch, wirtschaftlich und kulturell immer stärker – und steht gleichzeitig vor den globalen Herausforderungen des Klimawandels, der abnehmenden Beschäftigung angesichts zunehmender Automatisierung sowie der gesellschaftlichen Umwälzungen durch weltweite Migrationsströme. Hinzu kommt die Notwendigkeit der Eindämmung terroristischer Anschläge gewaltbereiter Individuen und Gruppen. Diese «Grand Challenges» schaffen ausreichend gemeinsame Interessen als Grundlage für gemeinsames Handeln auf internationaler Ebene – unabhängig von zwischenstaatlichen Differenzen. Die neue Agenda 2030<sup>xxiii</sup> der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen zur nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) bietet dazu den international verbindlichen Rahmen.
- *Menschliche Sicherheit kann nur umfassend sein.* Die Umsetzung der 17 SDG in nationale und internationale Politiken bietet eine neue Chance für umfassende friedenspolitische Ansätze in der Tradition der OSZE, die sich seit ihrer Gründung stets sowohl für die politisch-militärische Dimension als auch für die Wirtschafts- und Umweltdimension und für die Humanitäre (Menschenrechts-) Dimension von Sicherheit

einsetzt. Was vor 40 Jahren als Ergebnis unterschiedlicher Ideologien und Interessen ausgehandelt wurde, könnte heute aktueller nicht sein: Immer stärker zeigt sich, dass menschliche Sicherheit nur umfassend konzipiert und umgesetzt werden kann.

- *Innenpolitik und Aussenpolitik sind friedenspolitisch miteinander verknüpft*: Die Krise in und um die Ukraine zeigt einmal mehr, wie fließend die Übergänge von innenpolitischen Auseinandersetzungen und zwischenstaatlichen Konflikten sein können – und dies im vorliegenden Fall mit einer geopolitischen Relevanz, die über die Ukraine und über Europa hinausweist. Es wird deutlich, in welchem Ausmass zwischenstaatliche Konflikte durch innenpolitische Auseinandersetzungen und Machtfragen in den jeweils beteiligten Staaten ausgelöst oder verstärkt werden und wie umgekehrt zwischenstaatliche Auseinandersetzungen innenpolitisch notwendige Klärungen verhindern. Zwischenstaatliche Friedenspolitik muss deshalb einhergehen mit einer Politik, die auch innenpolitisch den Menschen Sicherheit gibt, Perspektiven aufzeigt und Horizonte öffnet. Nur so sind innenpolitisch Mehrheiten zu schaffen für aussenpolitische Zugeständnisse und Kompromisse.

Abschliessend zeigen die Auseinandersetzungen in und um die Ukraine zudem, in welchem Ausmass das Konzept der nichtgebundenen und neutralen Staaten samt der damit einst verbundenen Sicherheitsgarantien der Grossmächte an Bedeutung verloren hat. Völkerrechtlich obsolet wurde die Neutralität 1945, als die internationale Staatengemeinschaft in Artikel 2 der UNO-Charta<sup>xxiv</sup> ein allgemeines Gewaltverbot in internationalen Beziehungen statuierte, das über das blosse Kriegsverbot des Brian-Kellogg-Pakts<sup>xxv</sup> hinausgeht. Und politisch hinfällig wurde die Neutralität mit dem Wegfall der bipolaren Weltordnung des Kalten Kriegs Ende des letzten Jahrhunderts. Die ehemals „westlichen“ Neutralen<sup>xxvi</sup> treten heute nur noch im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) der NATO unter der Bezeichnung der „WEP 5 Group“ in Erscheinung und auch in der OSZE hat diese Staaten-Konstellation nur noch sporadisch Bestand. Das Konzept der Neutralität wirkt somit heute vor allem noch in einem metaphorischen Sinne. Gleichzeitig unterstreicht der Schweizer OSZE-Vorsitz 2014 die ungebrochene Bedeutung unparteilicher Brückenbauer/innen als Vermittler/innen zwischen Streitparteien. Ihr Engagement im Rahmen internationaler Organisationen wie der UNO oder der OSZE ist mit Blick auf mehr Frieden auf der Welt zentral.

<sup>i</sup> Ende 2014 setzte sich die OSZE-Troika aus der Schweiz (Vorsitzland 2014), Serbien (Vorsitzland 2015) und Deutschland (Vorsitzland 2016) zusammen.

<sup>ii</sup> Das High Level Panel war regional breit und ideologisch sowie bzgl. der individuellen politischen Erfahrungen der letzten fünfundsiebzig Jahre heterogen zusammengesetzt: Wolfgang Ischinger, Präsident der Münchner Sicherheitskonferenz (GER) als Chairperson primus inter pares; weitere Mitglieder Tahsin Burcuoglu (TUR), Dora Bakoyannis (GRC), Oleksandr Chalyi (UKR), Ivo H. Daalder (USA), Jean-Marie Guéhenno (FRA), Vaira Vike-Freiberga (LVA), Barbara Haering (CH), Sergi Kapanadze (GEO), Sergey A. Karaganov (RUS), Malcolm Rifkind (GBR), Adam Daniel Rotfeld (POL), Teija Tiilikainen (F), Kassym-Jomart Tokayev (KAZ), Ivo Viskovic (SRB).

<sup>iii</sup> Die Helsinki Schlussakte schloss 1975 den mehrjährigen internationalen Prozess zur Kooperation und Sicherheit in Europa (KSZE) ab.

<sup>iv</sup> Charta von Paris für ein neues Europa als internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einstellung der Ost-West-Konfrontation.

<sup>v</sup> Budapester Memorandum zur Anerkennung der Staatsgrenzen der Ukraine, 1994.

<sup>vi</sup> Auch der im Frühling 1999 von der NATO geführte militärische Luft-Boden-Einsatz gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien gilt als völkerrechtswidrig. Die im Wesentlichen von den USA geführte Militäroperation war der erste Militäreinsatz, den die NATO ausserhalb eines Bündnisfalls und auch ohne ausdrückliches Mandat der UNO führte.

<sup>vii</sup> Diese sogenannte «Track II diplomacy» bezieht sich auf nicht-staatliche, informelle Aktivitäten privater Bürger/innen oder Gruppen – im Unterschied zur «Track I diplomacy» auf offizieller, staatlicher Ebene und durch offizielle Kanäle.

<sup>viii</sup> Mandat: «The Panel shall provide advice on how to (re-) consolidate European security as a common project: Prepare the basis for an inclusive and constructive security dialogue across Euro-Atlantic and Eurasian regions; Reflect on how to re-build trust to enhance peace and security in Europe on the grounds of the Helsinki Final Act and the Charter of Paris; Examine perceived threats in the OSCE area and explore common responses; Explore possibilities to reconfirm, refine, reinvigorate and complement elements of cooperative security; Analyse the role of the OSCE including its role in preventing and resolving crises in the OSCE area, including in Ukraine.»

<sup>ix</sup> Vertretungen aller Teilnehmerstaaten der OSZE auf Stufe Botschafter/in. Der Ständige Rat tagt einmal wöchentlich in Wien und tritt bei Bedarf zu Sondersitzungen zusammen.

<sup>x</sup> *Lessons learned for the OSCE from its engagement in Ukraine*; Intermediate Report of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, 17 June 2015

<http://www.osce.org/networks/164561>, letzter Zugriff 04.02.2017.

<sup>xi</sup> Im Osten und Süden der Ukraine ist Russisch die dominierende Sprache. Russisch verlor jedoch mit der Unabhängigkeit des Landes seinen Status als Amtssprache: 1991 wurde Ukrainisch alleinige Amtssprache. Seit 2012 ist Russisch in neun Regionen des Landes wieder eine regionale Amtssprache, aber nach wie vor dem Ukrainischen nicht gleichgestellt.

<sup>xii</sup> Notwendig sind neben starker Schutzausrüstung auch Zugang zu elektronischen Mitteln der Überwachung.

<sup>xiii</sup> So müssen Akkreditierungen von Experten/innen in Einsatzländern jeweils durch ihre Herkunftsländer beschaffen werden.

<sup>xiv</sup> *Back to Diplomacy*: Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, November 2015

<http://www.osce.org/networks/205846?download=true>, , letzter Zugriff 04.02.2017.

<sup>xv</sup> Durch die damaligen Einflussgebiete der Grossmächte wirkt der Kalte Krieg nach.

<sup>xvi</sup> Vorliegend insbesondere: Wiener Dokument der OSZE (2011).

<sup>xvii</sup> Das Protokoll von Minsk («Minsk I») ist die schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse der Beratungen der aus Ukraine, der OSZE und der Russischen Föderation bestehenden trilateralen Kontaktgruppe. Das Protokoll wurde am 5. September 2014 in Minsk (Weissrussland) unterzeichnet, Hauptziel war ein begrenzter Waffenstillstand. Im Februar 2015 verhandelten der französische Präsident, die deutsche Bundeskanzlerin, der ukrainischen Präsident sowie der russischen Präsident («Normandie-Format») einen «Massnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen» (Minsk II). Der Massnahmenkomplex zielt auf eine Deeskalation und Befriedung der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine und eine politische Beilegung des Konflikts und konkretisiert den Weg der Umsetzung von «Minsk I». Er wurde von den Teilnehmern der Trilateralen Kontaktgruppe am 12. Februar 2015 unterzeichnet.

---

<sup>xviii</sup> So organisierten Panelmitglieder Veranstaltungen u.a. in Brüssel, Basel, München, Rom, Athen, Washington, Kiew, Riga, London, Warschau; leider wurde in Moskau keine entsprechende Veranstaltung durchgeführt.

<sup>xix</sup> *Renewing Dialogue on European Security: A Way Forward*; Report on outreach events of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project in 2016

<http://www.osce.org/networks/291001?download=true>, letzter Zugriff 04.02.2017.

<sup>xx</sup> Das UN Office of the High Commissioner on Human Rights (OHCHR) spricht von über 9\*700 Kriegsoptionen seit April 2014.

<sup>xxi</sup> Abchasien, Süd-Ossetien, Transnistrien, Berg Karabach, Krim sowie aus Sicht der Russischen Föderation auch Kosovo.

<sup>xxii</sup> Das russische Mitglied des Panels distanzierte sich in einem präzisierenden Brief, der im Anhang zum Bericht ebenfalls präsentiert wird, von einem Teil der Ansätze. Er spricht sich dabei für eine grundlegend neue sicherheitspolitische Architektur für Eurasien aus.

<sup>xxiii</sup> *Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development*, United Nations, 2015.

<sup>xxiv</sup> <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>, unterschrieben am 26. Juni 1945 in San Francisco, letzter Zugriff 04.02.2017.

<sup>xxv</sup> Der „Briand-Kellogg-Pakt“, benannt nach den damaligen Außenministern Frankreichs und der USA, ist ein völkerrechtlicher Vertrag zur Ächtung des Kriegs. Er wurde am 27. August 1928 in Paris zunächst von elf, später von insgesamt 62 Nationen unterschrieben.

<sup>xxvi</sup> Schweden, Österreich, Schweiz, Finnland und Irland.